

## Aus der Arbeit der Parteien ABB

## Wir sagen NEIN!

## Grundsatzerklärung der ABB zur Bornheimer Flüchtlingspolitik.

Im Jahr 2015 sind nach Angabe der Medien ca. 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland eingereist. Nach der Angabe der Frontex (\*21) (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union) wird es im Jahr 2016 eine weitere Million Flüchtlinge geben. Die tatsächliche Anzahl für 2015 ist unbekannt. In ganz Bornheim sind es aktuell 872 Flüchtlinge. In der Summe sind 89 Personen enthalten, die gemäß abgelehnten Asylantrag eigentlich nicht mehr hier sein dürften. Die Gründe dafür wurden als individuelle und persönliche Gründe benannt.

Auf der Bundesebene streiten sich die Parteien vortrefflich darüber, wie dieser Flut von Flüchtlingen und zunehmend auch reinen Wirtschaftsasylantern wirksam zu begegnen ist. Das praktische Ergebnis für Bornheim ist ernüchternd. Für die Kommunen ändert sich nichts. Der Zustrom geht unvermindert weiter. Eine wirkungsvolle Lösung der Probleme auf der Bundesebene ist nach wie vor nicht in Sicht.

**Wir stellen folgendes fest:**

- Der Zustrom von Flüchtlingen hält unvermindert an (aktuell 872 Personen, Stand 31.01.2016).
- Die anteiligen Kosten der Stadt zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge steigen ständig.
- Die Zuschüsse von Bund und Land NRW stagnieren bei 25%.
- Die Probleme der Integration sind nicht gelöst (Wohnungen, Arbeitsplätze, Schulklassen, Kindergartenplätze etc.).
- Berichte über Kriminalität und Übergriffe von männlichen Asylantern auf Frauen häufen sich. (\*1)
- Eine menschenwürdige Unterbringung in den Notunterkünften ist nicht mehr möglich (4-6 m<sup>2</sup> pro Person).
- Die Registrierung der Flüchtlinge erfolgt mitunter erst etliche Monate nach der Einreise, die wirkliche Anzahl der sich in Deutschland aufhaltenden Flüchtlinge lässt sich nur noch grob schätzen.

- Abgelehnte Asylbewerber tauchen nach Ankündigung der Abschiebung unter.
- Asylbewerber lassen sich vereinzelt an verschiedenen Orten registrieren und kassieren die ihnen gesetzlich zustehenden finanziellen Zuweisungen (Ehepaar + 3 Kinder = 1.289,00 €/Monat, Miete/Unterkunft und Nebenkosten und Gesundheitsversorgung zahlt die Stadt) siehe ABB-Dokumentation Seite 2) mehrfach oder tauchen unregistriert unter. (\*2)
- Teilweise
- Was die Bundespolitik in der Flüchtlingsproblematik angeht, kann man ohne weiteres ein Staatsversagen mit Realitätsverlust einiger handelnder Personen nennen. Unsere Grenzen sind nach wie vor offen. (\*4)
- Unsere „Sicherheitspolitik“ produziert ständig neue Flüchtlinge, weil wir uns an Kriegen durch Waffenlieferungen und direkte militärische Einmischungen beteiligen. Krieg produziert Flüchtlinge, Frieden nicht! (\*5)
- Unsere Wirtschaftspolitik in unterentwickelten Ländern schafft dort keinen Wohlstand sondern zementiert die Armut. Qualifizierte Wirtschaftsasylantern die mangels Zukunftsperspektiven zu uns kommen tragen zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage in ihren Herkunftsländern bei. (\*6)
- Unkluge und nicht einhaltbare öffentliche Versprechungen von Politikern (Merkel): „Es gibt keine Obergrenzen“ und „Wir schaffen das“ locken zusätzliche Flüchtlinge und Wirtschaftsasylantern an.

**Die ABB hat in der Vergangenheit das Thema Flüchtlinge in Bornheim kritisch und solidarisch begleitet:**

- Wir haben zuerst bis auf wenige Ausnahmen den Maßnahmen der Stadt zur Unterbringung von Flüchtlingen zugestimmt.
- Zu Beginn der Flüchtlingskrise wurden unsere Fragen zum Thema Flüchtlinge teilweise



- befriedigend beantwortet. (\*8)
- Der Wunsch einer Akteneinsicht, um uns einen Überblick über die tatsächliche Lage zu verschaffen, wurde uns rechtswidrig verweigert. (\*9)
- Später wurden drei offizielle Anfragen im Sozialausschuss völlig unzureichend bzw. gar nicht beantwortet. (\*10)
- Inzwischen werden bis auf wenige Ausnahmen alle Maßnahmen der Stadt durch sogenannte Dringlichkeitsentscheidungen getroffen. 6 Fraktionsvorsitzende treffen sich im Bürgermeisterbüro zur interfraktionellen Besprechung und unterschreiben eine Vollmacht. Damit kann der Bürgermeister vollendete Tatsachen schaffen und Verträge abschließen. Diese Dringlichkeitsentscheidungen können dann im zuständigen Ausschuss bzw. im Rat nur noch abgenickt werden. (\*11)
- Wichtige Informationen erhalten in der Regel nur noch die Fraktionsvorsitzenden, die diese Informationen dann an die einzelnen Fraktionsmitglieder weiterleiten können oder auch nicht. Kritiker innerhalb der Fraktionen erhalten diese Infos nicht!
- Ausschreibungen von Bauleistungen (Container etc.) erfolgen nicht mehr. Die Hersteller schreiben die Kunden an und bitten um ein Angebot. Wettbewerb wird so weitgehend ausgeschaltet.
- Bürgerbeteiligung findet praktisch nicht mehr statt, die Öffentlichkeit wird erst über neue Standorte informiert, wenn die internen Planungen

- bereits weitgehend abgeschlossen sind. Von Bürgern vor Ort angebotene Ersatzgrundstücke werden nicht ernsthaft geprüft. Selbst Unterschriftenaktionen für einen besserer geeigneten Standort (Widdig, ca. 480 Unterschriften und Brenig) werden ignoriert. (\*12)
- In den Tagesordnungen des Rates und der zuständigen Ausschüsse werden inzwischen die Flüchtlingsthemen unkonkret versteckt. So verbergen sich zum Beispiel unter dem nichts inhaltlich aussagenden Tagesordnungspunkt „Vergaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen“ mehrere Einzelmaßnahmen mit teilweise hohen finanziellen Belastungen für die Stadt. (\*13)
- Über die tatsächlichen Kosten hüllt sich die Stadt weitgehend in Schweigen. Die Öffentlichkeit erfährt nicht, in welchem Umfang Gesamtkosten entstanden sind und in welcher Höhe diese von Bund und Land NRW erstattet wurden. Es wird nur noch in Prozent der Kosten geredet. Zitat aus einer Dokumentation der Stadt: „Kostenerstattung (ohne Abschreibung und Personal): 2014 ca. 40%, (laut Aussage des Bürgermeisters im Sozialausschuss vom 02.02.2016 aber nur 25%!?)“ (\*14)
- Alle wichtigen Entscheidungen werden im Rat und in den Ausschüssen nichtöffentlich behandelt. Es werden in erheblichem Umfang Kosten er-

zeugt, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden, obwohl keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Der Bürgermeister legt weitgehend willkürlich fest was öffentlich oder nichtöffentlich sein soll.

- Seit Beginn der Flüchtlingskrise schätzen wir die Gesamtkosten (Container, Festbauten, Grundstückskäufe, Kauf von Häusern, Mieten von Grundstücken und Wohnungen, Unterbringung in Hotels, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Taschengeld, reguläre Zahlungen an anerkannte Flüchtlinge, Catering, Wachdienste, Verwaltungskosten, medizinische Versorgung etc.) auf ca. 10 Millionen €. Die Finanzierung erfolgt über Kredite. Die neuen Kassenkredite belaufen sich auf **zusätzliche 14.239.900 € für 2015 (insgesamt 23.334.738 Millionen € für 2015) und zusätzliche 9.090.000 € für 2016 (insgesamt 16.547.81 € für 2016).**

Das ist schließlich kein Pappenstiel. Diese Kredite, auch wenn sie zur Zeit nur gering verzinst sind, müssen doch auch zurück gezahlt werden! Kosten spielen bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen offensichtlich keine Rolle mehr! (\*15)

- Es hat sich inzwischen eine regelrechte „Asylindustrie“ gebildet (Schleuserfirmen, Schlauchboote, Wachdienste, Notunterkünfte, Wohncontainer etc.). So manche Immobilie oder Wohnung geht an die Kommunen, die auf dem freien Markt in aktuellen Zustand so gut wie keinen Käufer oder Mieter finden würde. Grundstücke müssen in der Not von den Kommunen zu unrealistischen Preisen angemietet oder gekauft werden. Und so mancher Verpächter von Grundstücken hat offensichtlich ab dem 10-fachen Pachtzins (gegenüber Ackerland) oder mehr auch kein Problem mehr damit, den Anlieger seines Grundstücks einen Wohncontainer für 100

Personen oder mehr mitten in Wohngebieten zuzumuten.

- Wir schaffen eilig Notunterkünfte für die Flüchtlinge. Niemand macht sich aber ernsthafte Gedanken darüber, wo denn der Teil der Flüchtlinge untergebracht werden soll, der langfristig in Bornheim bleiben darf. Bei derzeit 870 Flüchtlingen müssen mittelfristig ca. 290 Wohnungen errichtet werden. Bei geschätzten 100.000 €/Wohnung (Planung, Grundstückskauf, Baukosten etc.) sind das 29 Millionen €! Wer soll das denn bezahlen?
- Kritiker wurden vom Bürgermeister massiv unter Druck gesetzt. Sie wurden zur Abgabe einer Erklärung genötigt, auf der mit 2 Unterschriften bestätigt werden sollte, dass keine nichtöffentlich eingestuft Informationen an Dritte weiter gegeben werden dürfen, bzw. solche Informationen im konkreten Fall auch nicht an die Presse weiter gegeben wurden. Diese Unterschriften wurden von den ABB-Mitgliedern verweigert! Auch einzelne Mitglieder anderer Fraktionen haben diese Unterschriften nicht geleistet. (\*16)

**Wir haben sachlich, ausführlich und inhaltlich informiert und unsere Mitarbeit nicht verweigert.**

Die ABB hat zur Flüchtlingsproblematik inhaltlich und sehr umfangreich Stellung bezogen. Wir weisen hier auf unsere kritischen Veröffentlichungen im Internet und der Wochenzeitschrift „Wir Bornheimer“ hin. (\*17) Unsere kritisch solidarische Begleitung des Themas hat uns heftige Kritik eingebracht. Diese Kritik war selten sachlich sondern zunehmend persönlich bis beleidigend. Mangels Argumenten unserer Kritiker wurden wir als ABB in die rechte Ecke gestellt. Die Entwicklung in Deutschland mit ihren Auswirkungen auf Bornheim ist nun an einem Punkt angekommen, wo wir unsere bisherige kritisch solidarische Position in der Sache ernsthaft überdenken müssen.

**Wir können nicht so weiter machen wie bisher. Das wäre unverantwortlich. Jetzt ist Schluss!**

- Was hier in Bornheim im Zu-

sammenhang mit der Flüchtlingsproblematik abläuft, können wir weder vor unseren Wählern und persönlich auch nicht mehr mit unserem Gewissen vereinbaren.

- Wir haben als Ratsmitglieder und sachkundige Bürger einen Eid abgelegt „Schaden von der Stadt Bornheim abzuwenden und die Gesetze einzuhalten.“ In der Flüchtlingsproblematik werden Gesetze gebrochen (z.B. Grundgesetz 16a, Konexitätsprinzip, Schengen, Vergaberecht etc.) und es wird der Stadt Bornheim erheblicher finanzieller Schaden zugefügt weil die Zuschüsse von Bund und Land NRW nach wie vor mit 25% nicht einmal annähernd kostendeckend sind.
- Die ABB trägt die oben kritisierte „Bornheimer Art der Lösungen“ nicht mehr mit.
- Wir können in Bornheim diesen Ansturm von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten nicht mehr bewältigen, vor allem deswegen nicht, weil der Bund und das Land NRW seine Zuschüsse nicht auf 100% erhöht hat und dies seitens der Stadt Bornheim nicht aktiv und mit Nachdruck eingefordert wird.
- Es sind zu viele Menschen die in zu kurzer Zeit zu uns kommen. Wir schaffen es weder diese Menschen geordnet und menschenwürdig unterzubringen, ihnen die notwendige Integrationshilfe zu geben, geschweige denn das alles auch finanziell zu tragen. Zu viele Zuweisungen von Flüchtlingen in zu kurzer Zeit führen zu einer Destabilisierung unserer Gesellschaft und zu einer Überlastung unserer Sozialsysteme (Jahresdurchschnitt Arbeitslose 2,79 Millionen; Obdachlose 335.000 Menschen im Jahr 2015; ca. 200.000 Personen ohne Krankenversicherung). Wir dürfen diese Probleme/Missstände doch nicht vergessen! Es wird auch zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kommen, die sich in Lohndumping bei gleichzeitigem unterlaufen der gesetzlichen Mindestlöhne auswirken werden.

- Wir verlangen nach wie vor die 100% Kostendeckung durch den Bund und das Land NRW. Das hat auf unser Drängen der Rat der Stadt Bornheim in einer Resolution einstimmig beschlossen. (\*18)
- Wir verlangen schnellstmögliche Registrierung und eine konsequente zeitnahe Rückführung abgelehnter Flüchtlinge in ihre Heimatländer. (\*19)
- Wir fordern die gesetzliche Trennung von Einwanderung (Einwanderungsgesetz) und Asyl. Wir fordern eine jährliche Obergrenze für Flüchtlinge und Zuwanderer.
- In den nichtöffentlichen Teilen der zuständigen Ausschüsse bzw. im Rat gibt es inzwischen auch NEIN-Stimmen und Enthaltungen aus anderen Fraktionen. Es wäre zu hoffen, dass sich jene Rats- und Ausschussmitglieder auch öffentlich kritisch äußern. Nur stiller Nein-Protest in den nichtöffentlichen Teilen des Rates und des Sozialausschusses hilft nicht weiter!
- **Bis auf weiteres werden alle Mitglieder der ABB im Rat und in den Fachausschüssen zum Thema Flüchtlingsunterbringung, Grundstückskäufe, Mieten von Grundstücken und Wohnungen etc. konsequent mit NEIN stimmen.**

Wir bitten alle Bornheimer Bürgerinnen und Bürger sich an der öffentlichen Diskussion aktiv zu beteiligen und sich nicht durch den teilweise sehr aggressiven Diskussionsstil einiger Befürworter „grundsätzlich offener Grenzen und offener Sozialsysteme für alle“ einschüchtern zu lassen. Nehmen Sie bitte auch an der laufenden Online-Abstimmung zur Flüchtlingsproblematik auf der Internetseite der ABB teil. (\*20)

**Bornheim, den 16. Februar 2016**  
Die im Text angegebenen Belege (\*x) entnehmen Sie bitte aus unserer Internetseite: <http://www.aktivebuergerbornheim.de>  
**Kontakt:**

**bornheimer123@yahoo.de**  
**Sie können uns auch finanziell unterstützen:**

- Konto der ABB:
- Kreissparkasse Köln
- IBAN: DE39 3705 0299 0046 0145 71